



11. Januar 2011

Factsheet

Sudan

Hintergrund zur politischen Situation

Sudan erlangte 1956 seine Unabhängigkeit von Grossbritannien. Im Jahr davor entflammte ein Bürgerkrieg zwischen den regulären Streitkräften und südsudanesischen Milizen, der eine Million Todesopfer forderte und Hunderttausende zur Flucht zwang. Dieser Konflikt fand erst ein Ende, als Präsident Numeiri dem Süden politische Autonomie zugestand. Diese Region wurde traditionell von aufeinanderfolgenden Kolonialadministrationen vernachlässigt, ein Verhalten, das von der späteren Zentralregierung im Norden fortgesetzt wurde. Nachdem Numeiris Präsidentschaft Ende der Siebzigerjahre einen zunehmend radikaleren Kurs einschlug und die Scharia für alle, - auch nicht-muslimische - Sudanesen zum geltenden Recht machte, endete der kurze Frieden und 1983 brach ein zweiter Bürgerkrieg aus. Dieser sollte sich als länger und noch zerstörerischer erweisen als der erste, mit fast zwei Millionen Opfern und mindestens ebensovielen Vertriebenen.

Dank der Vermittlung der Schweiz und anderer Akteure rückte 2002 ein Ende des zweiten internen Konflikts in Reichweite, als der Norden, vertreten durch die Zentralregierung (National Congress Party, NCP) und der Süden, vertreten durch das Sudan People's Liberation Movement/Army (SPLM/A) auf dem Bürgenstock bei Luzern ein Waffenstillstandsabkommen für die Nubaberge unterzeichneten. Dieses machte den Weg frei und diente als Grundlage für das Comprehensive Peace Agreement (CPA), das Friedensabkommen von 2005. Das CPA beendete den zweiten sudanesischen Bürgerkrieg.

Zwei Jahre vor der Unterzeichnung des CPA, brach in Darfur ein bis heute andauernder bewaffneter Konflikt aus. Seit 2003 sind in Darfur gemäss Schätzungen der UNO rund 300'000 Menschen gestorben. In den an die Zentralafrikanische Republik, Tschad und Libyen angrenzenden drei westlichen Bundesstaaten, die heute die Fläche des früher unabhängigen und 1916 in den Sudan eingegliederten Sultanats Darfur abdecken, waren Rebellengruppen zum bewaffneten Kampf gegen die Regierung in Khartum angetreten. Der Darfurkonflikt hat mehrere Ursachen: In erster Linie geht es um die für die Darfuris unbefriedigende, politische und soziale Positionierung ihrer Region gegenüber Khartum; zweitens, um Nutzung und Verteilung der knappen Ressourcen Boden und Wasser.

Der von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geleitete Friedensprozess in Doha, der eine Lösung des Darfurkonflikts anstrebt, ist ins Stocken geraten.

Das CPA gab vor, dass sich die südsudanesische Bevölkerung am 9. Januar 2011 mittels eines Referendums für eine Abspaltung vom Norden aussprechen kann. Die ursprüngliche Vision war aber, dass der Sudan eine Einheit bleibt und während den sechseinhalb Jahren Interimsperiode eine Macht- und Ressourcenteilung verhandelt werden kann, die die Spannungen zwischen den beiden Unterzeichnungsparteien künftig neutralisieren würde. Das von den Südsudanesen lang erwartete Sezessionsreferendum hat am 9. Januar termingerecht begonnen und soll voraussichtlich eine Woche dauern. Gemäss Referendumskommission wurden rund 3.9 Mio. Südsudanesen registriert (darunter 3.7 Mio. im Südsudan sowie 116'000 im Nordsudan und 60'000 in der Diaspora) und werden nun in 2638 Wahllokalen abstimmen können. Je nach Resultat ist es möglich, dass am 10. Juli 2011, am Ende des CPA, der 54igste souveräne, afrikanische Staat ausgerufen wird.

Die Mehrzahl der 400 internationalen Beobachter des Referendums sind im Sudan eingetroffen, darunter 3 Schweizer, die im Rahmen der EU-Referendumsbeobachtungsmission (EU-EOM) im Einsatz sind. Tausende von lokalen Beobachtern sind ebenfalls registriert.

Die zurzeit grösste Herausforderung sind die Post-Referendums-Verhandlungen, die bestimmen sollen, wie die beiden Landesteile künftig nebeneinander- oder zusammenleben werden. Am 23. Juni 2010 unterzeichneten die beiden Verhandlungsparteien des CPA, in Mekelle, Äthiopien ein Memorandum of Understanding darüber, wie die Verhandlungen über die Post-Referendum Arrangements (PRA) strukturiert werden sollen. Demnach wurden die zu verhandelnden Themen in vier sogenannte „clusters“, d.h. Themenbereiche gegliedert. Die vier zu verhandelnden Bereiche sind folgende: 1. Staatsbürgerschaft, 2. Sicherheit, 3. Internationale Verträge und Abkommen, 4. Wirtschaftsfragen (gegliedert in folgende fünf Unterthemen: Öl; Wasser; Aktiva und Passiva; Bankwesen und Währung; Telekommunikation). Die Verhandlungen über diese Themenbereiche wurden vorerst bilateral zwischen der NCP und der SPLM geführt. Die Verhandlungen über die PRA gerieten jedoch ins Stocken und im November 2010 übernahm der Sonderbeauftragte der Afrikanischen Union, der ehemalige südafrikanische Präsident Thabo Mbeki, die Mediation in diesem bilateralen Verhandlungsprozess.

Das Engagement der Schweiz

Seit 1998 nimmt der jährliche Beitrag an finanziellen und personellen Mitteln für den Sudan tendenziell zu. Die im 2007 vollzogene Aufwertung der Vertretung in Khartum zu einer Botschaft, unterstreicht diese strategische Neuausrichtung. Während des Bürgerkriegs zwischen Nord- und Südsudan half die Schweiz zusammen mit den USA und der IGAD (Intergovernmental Authority on Development), das Waffenstillstandsabkommen zu den Nubabergen aufzusetzen, welches nach dessen Unterzeichnung 2002 auf dem Bürgenstock bei Luzern den Weg für ein umfassendes Friedensabkommen zwischen Nord und Süd (Comprehensive Peace Agreement: CPA) ebnete. Daraufhin nahm die Schweiz an der Monitoring-Mission in Nuba teil. Ein Schweizer Experte war als Berater und Mitarchitekt auch massgeblich an der Erarbeitung des CPAs beteiligt, welches 2005 unterzeichnet wurde.

Aufgrund dieser direkten Beteiligung arbeitete die Schweiz in der Folge am Friedensprozess der Afrikanischen Union (AU) für Darfur in Abuja mit, bis sich aufgrund unerfüllter Verhandlungsbedingungen von Seiten der Parteien die Schweiz aus dem Prozess zurückzog. Ende 2009 beriet ein Schweizer Experte die sudanesisch Verfassungsrevisionskommission bei der Ausarbeitung des Referendumsgesetzes.

Seit Oktober 2010 liefert die Schweiz den beiden CPA-Parteien technische Expertise in den Bereichen „Aktiva und Passiva“ sowie „Bankwesen und Währungsfragen“ zur Unterstützung der laufenden PRA-Verhandlungen. Dabei geht es einerseits um die Aufteilung der Staatsvermögen, Güter und der enormen, ca. 36 Mia. USD hohen Schulden der Zentralregierung und andererseits um den Aufbau einer neuen Zentralbank und die Schaffung einer Währung für den Südsudan im Falle einer Abspaltung. Das EDA unterstützt den Südsudan ebenfalls im Aufbau staatlicher Institutionen, welche traditionelle Strukturen (die Councils of Traditional Authority Leaders, die bei der Konfliktprävention und –beilegung eine wichtige Funktion einnehmen) anerkennen, stärken und in die modernen Staatsstrukturen integrieren. Das EDA sekundiert einen Schweizer Experten als Direktor des Büros in Juba der „Assessment and Evaluation Commission (AEC)“, welche für die Evaluation des Umsetzungsprozesses des CPA zuständig ist. Schliesslich finanziert die Schweiz ein Minenräumungsprojekt im Südsudan und unterstützt die Security Sector-Reformen der Sudan People's Liberation Army (SPLA) (durch Hilfe beim Aufbau einer Militärakademie mit Ausbildungsmodulen bspw. in den Bereichen Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht, demokratische Kontrolle der Armee). Sie unterstützt zudem das Hochkommissariat für Menschenrechte in seinen Bemühungen der Regierung in Khartum bei der Umsetzung der Empfehlungen des Menschenrechtsrats von 2006 zur Verbesserung der Menschenrechtslage in Darfur beizustehen; sie unterstützt den „Darfur Community Peace and Stability Fund“, einen Fonds für friedensfördernde Aktivitäten auf lokaler Ebene, zur Verbesserung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung und zur Stärkung von Gouvernanz und Rechtsstaatlichkeit. Parallel leistet das EDA einen aktiven Beitrag zur offiziellen AU/UN-Mediation bei der Lösungssuche im Darfurkonflikt, indem es punktuell externe Expertise in den Prozess einbringt und enge Beziehungen mit den Rebellengruppen pflegt.

Im humanitären Bereich, ist die DEZA bereits seit 1994 im Sudan tätig, wobei sie verschiedene UN- sowie Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Seit der Verschlechterung der humanitären Lage in Darfur im Jahr 2003 hat sich die Schweiz auch verstärkt durch Nothilfe für die Zivilbevölkerung engagiert. Durch das Engagement der humanitären Hilfe der DEZA (DEZA-HH) und durch die Beiträge an die UN-Agenturen vor Ort sowie die Friedensmissionen UNAMID und UNMIS leistet die offizielle Schweiz einen substantiellen Beitrag zur Hilfe an die Not leidende Bevölkerung, speziell auch durch die Rückführung und Wiedereingliederung von Flüchtlingen im Süden und die Nothilfe für die Vertriebenen in Darfur. Im Norden unterstützt das Koordinationsbüro (Kobü) die UN-Organisationen OCHA und WFP sowie Medair, MSF und das IKRK; im Süden ebenfalls die OCHA, das WFP, sowie Caritas und Action Contre la Faim. Zusammen mit den jährlich obligatorischen UNO-Beiträgen, den Aktivitäten der PA IV (Friedensförderung und Menschenrechtspolitik), der DEZA-HH und anderer Dienste (DEZA-E; VBS-Projekte; Botschaft Khartum, etc.) belief sich der Mitteleinsatz für 2010 auf rund CHF 50 Mio.

[Das Engagement der Schweiz](#)